# 75 Jahre Niedersachsen – ein Überblick

Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 endeten die Kampfhandlungen des Zweiten Weltkriegs in Europa. Die vier alliierten Siegermächte übernahmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland und teilten das Land in Besatzungszonen auf. In allen vier Besatzungszonen kam es in der Folge zur Wiederherstellung deutscher Staaten oder zur Gründung neuer Länder, ohne dass damals schon klar war, wie die künftige politische Ordnung Deutschlands aussehen sollte. In der britischen Besatzungszone wurde nach Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zum 1. November 1946 das Land „Niedersachsen“ durch die Vereinigung der bis dahin selbstständigen Länder Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe neu gebildet. Die Menschen in diesem Land sahen sich in den ersten Jahren enormen Herausforderungen gegenüber. Erst in den 1950er Jahren zeichnete sich eine Normalisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens und ein wirtschaftlicher Aufschwung ab.

# Neuanfang unter britischer Besatzung

Das totalitäre System der nationalsozialistischen Herrschaft hatte auch in Niedersachsen Tod, Leid und Zerstörung gebracht. Nach Schätzungen sind etwa 300.000 Soldaten aus dem niedersächsischen Gebiet im Krieg gestorben oder gelten als vermisst. Wohl 15.000 Menschen starben bei Luftangriffen. Von den rund 15.000 Juden, die bis 1933 in Städten und ländlichen Regionen heimisch waren, haben nur wenige den Holocaust überlebt. Im Konzentrationslager Bergen-Belsen starben mindestens 52.000 Häftlinge, davon Tausende erst nach der Befreiung durch die Briten am 15. April an Entkräftung.

Nach der militärischen Niederlage mangelte es der Bevölkerung vor allem an Wohnraum und Heizmitteln, die größeren Städte wie Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Osnabrück, Emden und Wilhelmshaven waren stark zerstört. Auch die Verkehrsinfrastruktur befand sich in einem verheerenden Zustand. Zwischen 250.000 und 300.000 Displaced Persons, also ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Konzentrationslagerhäftlinge, und weitere hunderttausend Evakuierte aus benachbarten deutschen Ballungsgebieten mussten untergebracht und versorgt werden, bevor sie in ihre Herkunftsländer und -regionen zurückkehren oder in andere Länder auswandern konnten. Bereits in den letzten Kriegsmonaten trafen die ersten Flüchtlinge aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates ein. Nachdem die Siegermächte im August 1945 auf der Potsdamer Konferenz beschlossen hatten, die deutsche Bevölkerung aus den zu Polen geschlagenen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa auszuweisen, setzte ein enormer Zustrom in die drei deutschen Westzonen ein. Niedersachsen nahm nach Schleswig-Holstein und vor Bayern gemessen am Bevölkerungsanteil die zweitmeisten Flüchtlinge und Vertriebenen, vor allem aus Schlesien, Ostbrandenburg, Ostpommern und Ostpreußen, auf. Mit 1,82 Millionen Menschen im April 1950 machte ihr Anteil 26,4 Prozent der auf fast sieben Millionen Menschen angewachsenen Bevölkerung aus.

Die britische Besatzungsmacht sah ihre Aufgabe vorrangig darin, für das Lebensnotwendige zu sorgen, den Nationalsozialismus und Militarismus zu beseitigen, die Deutschen zu demokratischen Lebensformen umzuerziehen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, eine „Verbrüderung“ zwischen britischen Truppen und Deutschen zu verhindern, Wirtschaft, Finanzen, Rundfunk und Presse zu kontrollieren und eine Friedenswirtschaft auf reduziertem Niveau wiederzubeleben.

Dazu wurde die britische Besatzungszone in drei Großbezirke eingeteilt. Das niedersächsische Gebiet wurde der Provinzialmilitärregierung unter Führung des Brigadegenerals Lingham in Hannover unterstellt. In der Besatzungsverwaltung für dieses Gebiet arbeiteten im Herbst 1945 knapp 2.900 Personen. Um die Ordnung im eroberten Gebiet aufrechtzuerhalten, stellten die Briten bereits im April und Mai 1945 die Länder Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe wieder her und setzten Personen, die als Demokraten und Gegner der NS-Ideologie galten, als neue Ministerpräsidenten ein: Theodor Tantzen in Oldenburg, Hubert Schlebusch und nach ihm Alfred Kubel in Braunschweig und Heinrich Bövers in Schaumburg-Lippe. Für die preußische Provinz Hannover ernannte sie Eduard Hagemann zum stellvertretenden Oberpräsidenten, im September 1945 dann Hinrich Wilhelm Kopf zum Oberpräsidenten.

Für die nachgeordnete Verwaltung setzten die Briten ebenfalls auf die vorhandenen Verwaltungsstrukturen auf Bezirks-, Stadt- und Kreisebene. Dabei waren sie auf die Zusammenarbeit und Unterstützung durch eine deutsche Selbst- und Auftragsverwaltung angewiesen. Die Amtsträger in den Städten, Landkreisen und Gemeinden wurden zumeist entfernt und durch neue unbelastete Personen, häufig durch demokratische Politiker aus der Weimarer Zeit, ersetzt. Dem Wiederaufbau des politischen Lebens begegnete die Besatzungsmacht zunächst mit Misstrauen. Allerdings wurden bereits im Herbst 1945 Parteien auf kommunaler Ebene wieder zugelassen.

# Gründung des Landes

Die offene Frage, in welcher Weise die britische Besatzungszone in deutsche Länder aufzuteilen sei, ließ die Idee eines gemeinsamen Landes Niedersachsen wiederaufleben. Diese war bereits von der am Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Heimatbewegung und in den 1920er von der Reichsreformbewegung verfochten worden. Im Oberpräsidenten der Provinz Hannover Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) und seinem konservativen Gegenspieler Heinrich Hellwege (NLP/DP) fand nun diese Idee ihre prominentesten Verfechter.

Doch zunächst fassten die Briten im September 1945 für ihre Zwecke die Länder Braunschweig und Oldenburg mit der Provinz Hannover in der „Hanover Region“ zusammen; im Mai 1946 kam auch das zunächst der Region Westfalen angegliederte Schaumburg-Lippe hinzu. Als Pendant auf deutscher Seite verfügte Lingham im Oktober 1945 die Bildung eines „Gebietsrates Hannover – Oldenburg – Braunschweig“, der das Verwaltungshandeln länderübergreifend koordinieren sollte. Nachdem auch Bremen diesem Gebietsrat beigetreten war, wurde er auf Antrag Kopfs in „Gebietsrat Niedersachsen“ umbenannt. Gleichzeitig wurden die Länder Braunschweig und Oldenburg gestärkt, indem dort zu Beginn des Jahres 1946 Landtage ernannt und Regierungen gebildet wurden. In Oldenburg wurde im April 1946 sogar eine eigene Verfassung verabschiedet.

Die Diskussion um die staatliche Neugliederung der britischen Zone führten die Kontrahenten mit allen Mitteln der offenen und verdeckten Einflussnahme. Der oldenburgische Ministerpräsident Theodor Tantzen und sein Braunschweiger Amtskollege Alfred Kubel traten für den Fortbestand und die Vergrößerung der Länder Oldenburg und Braunschweig zulasten Hannovers ein, der hannoversche Oberpräsident Kopf dagegen für die Bildung eines Landes Niedersachsen, weil diese Lösung räumlich, wirtschaftlich und stammesmäßig gut begründet sei und den geschichtlichen Notwendigkeiten gerecht werde.

Als im Juli 1946 von den Briten beim Zonenbeirat ein Sonderausschuss für die Neugliederungsfrage einberufen wurde, waren bereits wichtige Vorentscheidungen gefallen. Es sollten nicht mehr als fünf Länder eingerichtet werden. Zudem stand die Bildung eines Landes Nordrhein-Westfalen nicht mehr zur Diskussion, da das Ruhrgebiet mit seinen bedeutenden Ressourcen in einem Land zusammengefasst werden sollte. Folglich verordnete die britische Militärregierung am 23. August 1946 die Auflösung aller preußischen Provinzen in der Britischen Zone und die Gründung der Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Auch die preußische Provinz Hannover wurde genau 80 Jahre nach der Annexion durch Preußen wieder zu einem selbstständigen Land erklärt und Kopf zum Ministerpräsidenten ernannt. Anfang September nahmen Hamburg und Bremen noch einmal Stellung und erklärten, dass sie ihre wirtschaftliche Kraft nur bewahren könnten, wenn sie ihre Selbständigkeit als Stadtstaaten behielten. Kopfs Vorschlag, der neben Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen die Gründung von Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorsah, erhielt in der entscheidenden Sitzung des Zonenbeirats am 20. September 1946 eine deutliche Mehrheit.

Nun hatte die britische Regierung zu entscheiden. Sie gab am 23. Oktober im Zonenbeirat bekannt, dass sie Kopfs Vorschlag folgen werde; allerdings blieben beanspruchte westfälische Gebiete unberücksichtigt. Am 8. November 1946 gründete die Militärregierung mit der Verordnung Nr. 55 das Land Niedersachsen mit der Hauptstadt Hannover. Oldenburg und Braunschweig traten als Verwaltungsbezirke neben die hannoverschen Regierungsbezirke Aurich, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück und Stade; Schaumburg-Lippe bildete einen Landkreis im Regierungsbezirk Hannover. An die Spitze des ersten niedersächsischen Kabinetts, in dem alle damals bestehenden Parteien vertreten waren, wurde am 23. November 1946 der bisherige Ministerpräsident des Landes Hannovers Kopf berufen. Ein Landtag wurde ernannt und dann im April 1947 erstmals durch ein gewähltes Parlament ersetzt. Mit der Arbeit an einer niedersächsischen Verfassung wurde gewartet, bis am 23. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet wurde. In einer Ergänzungsverordnung vom März 1947 hatte die Militärregierung dem niedersächsischen Gesetzgeber geboten, „die Belange der früheren Länder auf dem Gebiet der Überlieferung, Kultur, Architektur und Geschichte gebührend zu berücksichtigen“. Entsprechend wurden die Traditionen und überkommenen Einrichtungen der früheren Länder durch Artikel 56 der am 1. Mai 1951 in Kraft getretenen Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung geschützt. Ihr vorläufiger Charakter wurde im Hinblick auf die erwartete Wiedervereinigung Deutschlands betont. Damit war der letzte Schritt bei der Gründung des Bundeslandes Niedersachsen vollzogen. Zwar hielten sich regionale Eigenständigkeitsbestrebungen vor allem in Oldenburg und Schaumburg-Lippe noch geraume Zeit, doch insgesamt wurde die größere staatliche Einheit von der Bevölkerung rasch akzeptiert.

# Aufbau demokratischer Strukturen

Zum gleichen Zeitpunkt, als die Neugliederungsfrage entschieden wurde, fanden die ersten Wahlen in der Britischen Zone statt, am 15.9. die Gemeindewahlen und am 13.10. die Kreistagswahlen Während der Diktatur unter Hitler bis zum Ende des 2. Weltkrieges galt im gesamten Deutschen Reich die "Deutsche Gemeindeordnung", die durch eine Hierarchie von oben nach unten gekennzeichnet war und dem Führer alle Entscheidungsmacht zusprach. Auf Kommunalebene konnte der Bürgermeister hier innerhalb der vom Führer gegebenen Verordnungen allein entscheiden, der Rat existierte, hatte jedoch nur beratende Funktion. Nach dem Ende des 3. Reichs und unter britischer Besetzung wurde die „Deutsche Gemeindeordnung“ dann revidiert und ab da lag die gesamte Verwaltung auf kommunaler Ebene beim durch das Volk zu wählenden Rat. Das Führerprinzip Hitlers sollte durch ein Prinzip gemeinschaftlicher Verantwortung ersetzt werden. Verwaltung sollte von nun an unpolitisch sein und somit unabhängig von der Obrigkeit agieren. Am 1. April 1946 tritt die Verordnung 21, die sogenannte "revidierte Deutsche Gemeindeordnung" in der britischen Besatzungszone in Kraft. Sie legte die gesamte Verwaltung der Gemeinde in die Hand des vom Volk gewählten Rates. Doppelspitze der Kommunalverfassung nach englischem Vorbild [Kreisdirektor, Bürgermeistr) Dem Bürgermeister obliegt als ehrenamtlichem Vorsitzenden des Rates nur die repräsentative Vertretung der Kommune, während der vom Rat berufene Gemeindedirektor (in Städten: Stadt- oder Oberstadtdirektor) Chef der Gemeinde ist.

Neun Jahre später löst die eigene "Niedersächsische Gemeindeordnung" die britische Verordnung 21 ab, wobei sie diese in weiten Teilen inhaltlich übernimmt und weiter eine Trennung in Bürgermeister und Verwaltungsrat festsetzt. 1963 folgt nach einigen unwesentlichen Anpassungen der Gemeindeordnung dann die Trennung in Bürgermeister und Gemeindedirektor. Dem Rat steht von nun an der Gemeindedirektor, also auch eine Einzelperson, vor. Die Machtteilung zwischen Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene bleibt jedoch zunächst weiterhin bestehen.

.große Gemeinde-, Kreis- und Bezirksreform 1972/78; Aufgabenverschiebung zwischen Staat und Kommunen,

Seit dem 1.11.1996 gibt es für niedersächsische Kommunen die sog. eingleisige Kommunalverfassung. Sie ist verbunden mit einer Stärkung der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger, die ihren Bürgermeister oder Landrat direkt wählen können. Außerdem können Bürgerinnen und Bürger auf vielen Gebieten per Urabstimmung entscheiden (Bürgerbegehren, Bürgerentscheid).

Auflösung der Mittelinstanzen 2005, Stellenwert und Gewicht der kommunalen Selbstverwaltung, Beteiligungsrechte für Bürger und Einwohner)
Abbildungen:

Rev. Deutsche Gemeindeordnung, VO Nr. 21 der britischen Militärregierung

Parlamentarische Demokratie

Nachdem die Parteien zugelassen worden waren, berief die Militärregierung in Braunschweig, Oldenburg und Hannover Landtage, die nach den Ergebnissen der letzten freien Wahlen vor 1933 zusammengesetzt waren.

Gut vier Monate später wurde am 20. April 1947 der erste niedersächsische Landtag gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von 65 % erhielt die SPD, die Partei der „Landesvaters“ und des „Vaters des Landes“ Hinrich Wilhelm Kopf, mit 43,4 % die meisten Wählerstimmen. Am 1. Mai 1951 verabschiedete der Landtag die Vorläufige Niedersächsische Verfassung. Die weitgehende Übereinstimmung zwischen den Parteien spiegelt das Abstimmungsergebnis wider: Von den 138 anwesenden Abgeordneten stimmten 107 mit Ja, 28 mit Nein und 3 enthielten sich der Stimme. Mit der Bezeichnung „vorläufig“ dokumentierten die Parteien den Anspruch auf Wiedervereinigung. Auf die Vorgeschichte des Landes verweist der Artikel 56 der vorläufigen Landesverfassung. „Die kulturellen undhistorischen Belange der ehemaligen Länder Hannover,Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe sinddurch Gesetzgebung und Verwaltung zu wahren und zufördern. (1) Die überkommenen heimatgebundenen Einrichtungen dieser Länder sind weiterhin dem heimatlichenInteresse dienstbar zu machen und zu erhalten (2).“Als Landeswappen wurde 1952 das im roten Feld platzierte weiße Sachsenross bestimmt, das schon die früheren Welfenlande seit Mitte des 14. Jahrhunderts in ihrem Wappen geführt hatten und das nach altem Volksglauben dem Stammesherzogtum der Sachsen zugeschrieben wurde. Unter den politischen Gruppierungen trat in Niedersachsen neben den überregionalen Parteien SPD, CDU und FDP die Niedersächsische Landespartei (NLP), die sich 1947 in Deutsche Partei (DP) umbenannte, hervor. Die DP stand in der Tradition der Deutsch-Hannoverschen Bewegung, doch Das Land Niedersachsen nach 1945 konnte sie sich nicht auf Dauer behaupten und ging 1961 in der CDU auf. Unter den Vertriebenen und Flüchtlingen fand in den fünfziger Jahren der Gesamtdeutsche Block/BHE große Resonanz. KPD und andere linke Gruppen sowie das rechtsextreme Lager (SRP, DRP, NPD) blieben trotz zeitweiliger Erfolge bedeutungslos.

Die SPD, geprägt durch die Persönlichkeit Kurt Schumachers, unterhielt in Hannover bis 1949 ihre Parteizentrale. Sie übernahm in Niedersachsen für drei Jahrzehnte die politische Führung, war allerdings fast stets auf Koalitionspartner angewiesen. Das bürgerliche Lager war gespalten. Die konservativ-förderalistischen Kräfte sammelten sich in der Niedersächsischen Landespartei (NLP), die sich seit Juni 1947 Deutsche Partei (DP) nannte. Ihrem Vorsitzenden Heinrich Hellwege gelang es, von 1955 bis 1959 Kopf im Amt des Regierungschefs abzulösen. CDU und FDP organisierten sich zunächst in regionalen Verbänden und minderten dadurch ihr politisches Gewicht. Erst nach der Mitte der fünfziger Jahre wuchs die CDU in die Rolle der stärksten Oppositionspartei hinein, parallel zum Niedergang der DP. KPD und Zentrum blieben unbedeutend und schieden bald aus dem Landtag aus. Seit 1950 hatte der BHE auch in Niedersachsen beachtliche Wahlerfolge. Mit der ersten nationalen Welle in der Bundesrepublik gelangte 1951 die rechtsradikale, ein Jahr später verbotene SRP in das Landesparlament, 1955 dann auch - vorübergehend - die DRP und 1967 die NPD.

# Umgang mit der NS-Zeit

(KZ-Bergen-Belsen, Emslandlager, sonstige NS-Lager; Displaced Persons und deren Verhalten; Ziele und politische Leitlinien der britischen Besatzungsmacht; Entnazifizierung; Umgang mit NS-Unrecht; Wiedergutmachung und Vermögensrückerstattung; Probleme mit der Erinnerung: lange Verdrängung und Tabuisierung, erst seit den 70er Jahren größere Offenheit, Gründung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, private Initiativen)

# Verfassung und Verwaltung

Die tiefgreifendste Veränderung hat die Landesverwaltung durch die seit 1965 begonnene Gebiets- und Verwaltungsreform erfahren, die allerdings viele historische Bezüge zerstört hat. Seine Beziehungen zu den evangelischen Kirchen regelte das Land durch den Loccumer Vertrag von 1955 (ergänzt 1965) und zur römisch-katholischen Kirche durch ein Konkordat von 1965. 1975 kam es zu den im Grundgesetz festgelegten Volksentscheiden in Oldenburg und Schaumburg-Lippe, in denen zwischen 31 und 40% der Abstimmungsbeteiligten 74 Das Land Niedersachsen nach 1945 Niedersächsischer Landtag für die Wiederherstellung eigener Länder votierten. Doch reichten diese Ergebnisse nicht aus, um die Mehrheit im Bundestag zu einem entsprechenden Beschluss zu bewegen. Es brachte allerdings beiden Landesteilen die Förderung von Einrichtungen kultureller Eigenständigkeit, die über die Traditionsbestimmungen der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung hinausreichten. Dies half, Tendenzen zu einem Zentralstaat in Niedersachsen zu verhindern und stattdessen die Pflege regionaler kultureller Besonderheiten von Ostfriesland bis zum Eichsfeld zu unterstützen. 1978 wurde sogar der Verwaltungsbezirk Oldenburg, der den altoldenburgischen Zusammenhang bewahrt hatte, im Zuge der niedersächsischen Verwaltungsreform zugunsten des größeren, Oldenburg mit Ostfriesland und dem Osnabrücker Land verbindenden „Regierungsbezirks WeserEms“ aufgehoben.

# Wiedervereinigung

Rückkehr des Amtes Neuhaus/Elbe nach der Wiedervereinigung, neue Landesverfassung von 1993, norddeutsche Zusammenarbeit)
Nach der Wiedervereinigung setzte der Landtag einen Sonderausschuss ein, der den Auftrag erhielt, einen Verfassungsentwurf zu erarbeiten, der nicht mehr mit dem Vorbehalt der Vorläufigkeit behaftet war. Am 13. Mai 1993 beschloss der Landtag die neue Verfassung. In ihr finden sich als Staatsziele u.a. Regelungen über den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und über die Grund- und Menschenrechte mit Hervorhebung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. In Art. 72 wird das Land verpflichtet, die kulturellen und historischen Belange der ehemaligen Landesgliederungen des neu geschaffenen Niedersachsen zu wahren und zu fördern. Eine weitere Neuerung ist die Einführung von Elementen der direkten Demokratie, die dem Staatsbürger die Möglichkeit zur unmittelbaren Einflussnahme auf die politische Arbeit des Landtages und auf die Gesetzgebung einräumt. 75 Das Land Niedersachsen nach 1945 Bisher wurde erst einmal von dieser Mitwirkungsmöglichkeit Gebrauch gemacht, und es betraf die Verfassung selbst. Aufgrund einer erfolgreichen Volksinitiative beschloss der Landtag 1994, dem Verfassungswerk eine Präambel voranzustellen, die sich zur Verantwortung des Gesetzgebers vor Gott und den Menschen bekennt und damit jenen religiösen Bezug herstellt, den viele engagierte Kirchenmitglieder aller Konfessionen in der ursprünglichen Fassung sehr vermisst haben.

# Staat und Religion

Durchmischung vormals rein katholischer und evangelischer Milieus mit anderskonfessionellen Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945, zahlreiche Kirchenneubauten, Loccumer Vertrag 1955 mit den evangelischen Landeskirchen, Konkordat 1965 mit der katholischen Kirche, Vertrag mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden 1983, mit dem Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden 2008, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirchen vom Kindergarten, Sozialfürsorge und Familienberatung bis zur Seniorenbetreuung, Religionsunterricht in den Schulen)

# Bildungschancen für alle

Weiterhin galt die Sorge der Landespolitiker auch der Neuordnung des allgemeinen Schulwesens, dem Ausbau bestehender und der Gründung neuer Hochschulen (Medizinische Hochschule Hannover, Universitäten Oldenburg, Osnabrück und Hildesheim) (Schulzentren, Ausbau des Schulnetzes, Bildungsoffensive, Volkshochschulen, Schulreformen [IGS, KGS, Orientierungsstufe, G8/G9], Kindertagesstätten; Inklusion; Sprachförderung)

Nach 1945 ist die Kompetenz für das Bildungswesen im Wesentlichen in die Hand der Länder übergegangen. Die Zuständigkeit umfasst die allgemein bildenden Schulen, die berufliche Bildung an den Berufsschulen, die Bildung an den Fachhochschulen und Hochschulen sowie die Weiterbildung. Damit tragen die Landesregierungen die Verantwortung für eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Sie bestimmen weitgehend das Qualifikationsniveau der Bevölkerung eines Gebietes.

Wie in den meisten anderen Ländern wurde auch in Niedersachsen an das dreigliedrige Schulsystem der Weimarer Republik angeknüpft. In dem schwierigen Nachkriegsjahrzehnt ging es vor allem darum, die konkreten Voraussetzungen für den Bildungserwerb zu verbessern: Die Klassenfrequenzen wurden abgesenkt, die Versorgung mit Lehrkräften verbessert, und schrittweise wurde das Schulgeld abgeschafft. Strukturbildend wirkte die Ende der 1950er Jahre beginnende Landschulreform. Die vielen, teilweise nur einklassigen Volksschulen, wurden in einem beispiellosen bildungspolitischen Kraftakt zu neuen Mittelpunktschulen zusammengefasst und modernisiert.

In den dann folgenden Jahrzehnten wurden das Land und seine Kommunen besonders durch drei Entwicklungen herausgefordert. 1. Die stark schwankende Zahl von Schülerinnen und Schülern, die sich unmittelbar aus der Bevölkerungsentwicklung ergibt, wirkt sich stark auf den Bedarf an Lehrkräften und Schulräumen aus.

2. Seit den 60er Jahren hat sich der Anteil der Schülerschaft an den einzelnen Schulformen erheblich verschoben. Besonders auffällig ist der starke Rückgang des Hauptschüleranteils seit 1960. Wohingegen der Anteil der Realschüler und Gymnasiasten seit 1960 kontinuierlich ansteigt. Mit der Abschaffung der Orientierungsstufe zum Schuljahresbeginn 2004/2005 fiel die Verteilung der Schülerschaft in der 5. Jahrgangsstufe noch eindeutiger zuungunsten der Hauptschule aus. Nur 17,9 % der Fünftklässler besuchten die Hauptschule, während 40 % das Gymnasium wählten.

3. Wie bei den allgemein bildenden Schulen ist auch bei den Berufsschulen ein qualitativer Strukturwandel hin zu immer höherer Bildung zu verzeichnen. Besonders bei den Fachschulen und den Fachgymnasien sind erhebliche Zuwächse zu verzeichnen.

Parallel zu der konjunkturellen Hochphase setzte in der Bundesrepublik Mitte der 60er Jahre geradezu ein Bildungsboom ein. Der florierende Arbeitsmarkt verlangte nach hochqualifizierten Arbeitskräften. Die Nachfrage nach Studienplätzen stieg an. Zudem wurde zunehmend die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit des bestehenden Bildungssystems gestellt und die mangelnde soziale Chancengleichheit an deutschen Schulen und Hochschulen kritisiert. Vorrangiges Ziel der Hochschulpolitik der Länder war es daher, die Studienkapazitäten auszuweiten.

Darüber hinaus verfolgte man in der Bildungsplanung der 60er Jahre ein Regionalisierungskonzept. Hochschulgründungen wurden als Instrument der regionalen Infrastrukturpolitik angesehen. Dieser neue standort- und regionalorientierte Ansatz in der Bildungsplanung hatte Folgen. Bis Anfang der 70er Jahre konzentrierten sich die Universitäten und Hochschulen innerhalb Niedersachsens auf den südöstlichen Raum (Göttingen, Hannover, Braunschweig, Clausthal). Zur Stärkung des westlichen bzw. nördlichen Niedersachsens wurden deshalb die Universitäten Oldenburg, Osnabrück und Lüneburg gegründet. Sie nahmen zum Sommersemester 1974 den Lehrbetrieb mit jeweils etwa 3.000 Studierenden auf. Außerdem wurden in den 1970er Jahren mehrere Fachhochschulen über das Land verteilt eingerichtet. Zum Teil entstanden sie aus bereits bestehenden Institutionen wie Seefahrtschulen, Ingenieurakademien, Wirtschaftsschulen oder Akademien für Sozialpädagogik. Wie ihre Vorgängereinrichtungen zielen auch die Fachhochschulen auf eine praxisorientierte Qualifizierung junger Menschen der Region.

Durch Neugründung, Ausbau und Umstrukturierung ist in Niedersachsen ein regionalisiertes und vielgestaltiges Hochschulnetz entstanden. Während im Wintersemester 1955/56 in Niedersachsen 12.398 Personen an sechs Hochschulen studierten, sind heute an 29 Hochschulen in staatlicher und privater Trägerschaft rund 209.000 Studierende immatrikuliert.

# Gorleben und die Anti-Atomkraft-Beegung

Seit Beginn der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts stieg die Zahl der Bürgerinitiativen für Umweltschutz in der Bundesrepublik sprunghaft an. Auch in Niedersachsen waren mehrere neue Bürgerinitiativen entstanden, als Anfang 1976 der Plan für eine zentrale Stätte zur Wiederaufbereitung und Endlagerung von Atommüll bekannt gegeben wurde. In Aussicht genommene Orte waren anfangs Aschendorf im Emsland, Lichtenmoor bei Schwarmstedt und Lutterloh bei Unterlüß, bald auch Gorleben im Wendland. In der Nähe dieser Orte wurden alsbald Bürgerinitiativen gegründet, deren Anliegen es war, die Bevölkerung über die Gefahren der Atomenergie zu informieren.

Am 22. Februar 1977 traf der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht eine folgenschwere Entscheidung: Er schlug der Bundesregierung ein Gelände bei der Gemeinde Gorleben im dünn besiedelten und wirtschaftlich schwachen Landkreis Lüchow-Dannenberg als Standort für das geplante Entsorgungszentrum vor. Der Widerstand im Wendland – organisiert von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg – wuchs rasch. Im März 1977 fanden Großdemonstrationen gegen den geplanten Bau des Kernkraftwerks in Grohnde/Weser und gegen den Bau einer Atommülldeponie mit Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstäbe in Gorleben statt. Bei beiden Veranstaltungen waren auch gewalttätige Demonstranten anwesend. Die friedliche Mehrheit der Demonstranten war entsetzt über das starke Polizeiaufgebot und sah dadurch demokratische Grundrechte gefährdet. Die Bürgerinitiativen fürchteten, durch die großen Polizeieinsätze in der Öffentlichkeit in Misskredit gebracht zu werden. Auf der Suche nach einem neuen und effektiveren Weg des Protests gründete daher der Schwarmstedter Carl Beddermann im Frühjahr 1977 die erste Umweltschutzpartei (USP), aus der sich im November 1977 die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) Niedersachsen entwickelte.

Bei der Landtagswahl im Juni 1978 erhielt die GLU mit ihrem Spitzenkandidaten Carl Beddermann auf Anhieb 3,9 % der Stimmen. Die GLU war 1978 die einzige Partei, die gegen Atomenergie votierte. Im Kreis Lüchow-Dannenberg erhielt sie 17 % der Wählerstimmen. Danach entstanden auch in anderen Bundesländern Grüne Listen, die sich am Aufbau der GLU Niedersachsen orientierten. Ergebnis dieser Entwicklung war die Gründung der Partei DIE GRÜNEN auf Bundesebene zur Bundestagswahl 1980. Kurz darauf löste sich die GLU Niedersachsen auf.

In der Zwischenzeit wurde „Gorleben“ bundesweit zu einem Synonym für die Anti-Atomkraft-Bewegung. Der Ministerpräsident hatte noch vor der Landtagswahl 1978 eine Expertenkommission damit beauftragt, die Planungen für Gorleben sorgfältig zu prüfen. Auf dem Gorleben-Hearing, das unter Leitung des Physikers Carl Friedrich von Weizsäcker vom 28. März bis zum 3. April 1979 in Hannover stattfand, wiesen die ausländischen Wissenschaftler auf die Risiken einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben hin. Parallel dazu startete am 25. März in Lüchow-Dannenberg der „Treck nach Hannover“ mit 3600 Menschen und 350 Traktoren. Schlusspunkt war eine Großdemonstration in Hannover, zu der 100.000 Menschen angereist waren – die größte Anti-Atomkraft-Kundgebung in der Bundesrepublik.

 (Konflikt um Atomkraft und Wiederaufbereitungs- bzw. Endlagerstätte für abgebrannte Atombrennstäbe, „Republik Freies Wendland“, Demonstrationen und Polizeigroßeinsätze, Castortransporte, Asse-Bergung)

# Umweltschutzbewegung

(Torfkraftwerk Wiesmoor als Zeichen besonderer Modernität, systematische Entwässerung und Denaturierung von Wasserläufen, Monokulturen; Moorrenaturierung; Aufbau eines eigenen Fachressorts ab 1986 zur Bündelung der fachspezifischen Verwaltung, Deutsche Stiftung Umweltschutz in Osnabrück, signifikanter Wertewandel: u.a. beim Hochwasserschutz; Waldsterben und Wiederaufforstung im Harz, Nationalparks Wattenmeer, Elbtalaue, Harz)
Die Menschen haben schon immer Einfluss auf ihre natürliche Umwelt genommen, sie umgewandelt und zerstört. Die ältesten Bestimmungen zum Schutz der Wälder sind aus dem Mittelalter überliefert, auch der Schutz einiger Singvogelarten reicht weit zurück. Einen umfassenderen Ansatz gewann der Naturschutz mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts formierte sich die Naturschutzbewegung. Sie bewirkte z. B. die Einrichtung des ersten deutschen Naturparks 1922 in der Lüneburger Heide und den Erlass von Naturschutzgesetzen.

Erst in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts drang die globale Dimension der Umweltzerstörungen ins allgemeine Bewusstsein. Es wurde erschreckend deutlich, dass sich einzelne Schadensphänomene nicht isolieren ließen, sondern im Zusammenhang weltweiter Ökosysteme betrachtet werden mussten. Seit 1969 verbreitete sich rasch das Wort „Umweltschutz“, das sich auf alle natürlichen Lebensgrundlagen bezog, nicht nur auf einzelne Tierarten oder Landschaftsformen. 1971 legte die niedersächsische Landesregierung ihren ersten, umfangreichen Umweltschutz-Bericht vor; sie bezeichnete darin den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen als eine vordringliche politische Aufgabe. In einer Informationsbroschüre steckte das zuständige Sozialministerium den Gesamtbereich ab: „Natur unter Beton“, „gelb-grüne Flüsse“, „Gift gleich tonnenweise“, „Die toten Bäume vom Osterwald“, „Schreckgespenst Atomkraftwerk“ lauteten die Schlagworte. Die Lösung wurde in einer Verbesserung der Umwelttechnik gesehen: Mehr Experten und Geräte!

Eine andere Sicht verbreitete sich, als der Club of Rome, eine private Vereinigung von Industriellen und Wissenschaftlern, 1972 seinen Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ publizierte. Damit gerieten Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum als ökologisches Problem in den Blick.

Die Regierungen handelten zuerst auf dem Gebiet der Luftverschmutzung. Das niedersächsische Immissionsschutzgesetz von 1966 wurde 1974 durch ein Bundesgesetz abgelöst. Das Thema gewann eine zusätzliche Dringlichkeit, als der Göttinger Forstwissenschaftler Bernhard Ulrich 1979 die jedermann erkennbare Schädigung von Bäumen und Wäldern mit der Emission von Schwefelgasen erklärte, die sich als sauerer Regen niederschlugen. Der Begriff „Waldsterben“ ging in die englische und französische Sprache ein. Als 1985 das Braunkohlekraftwerk Buschhaus (Kr. Helmstedt) ohne Entschwefelungsanlage in Betrieb ging, löste das ungeahnte Proteste aus.

Mehr noch als der saure Regen beherrschte aber die Nutzung der Kernenergie die öffentliche Diskussion. Dass Niedersachsen 1986 ein eigenes Umweltministerium erhielt, war nicht zuletzt eine Folge des Reaktorunglücks in Tschernobyl.

Mit der Zeit wuchsen die Einsichten in die Komplexität der Wechselwirkungen zwischen Lebewesen und ihrer Umwelt. Der praktische Umweltschutz begann vor der eigenen Haustür. In Niedersachsen z. B. mit der Sicherung der Moore. Während die Moore bis dahin unter dem Aspekt der Kultivierung und der Torfgewinnung betrachtet worden waren, erkannte man jetzt die ökologische Funktion der Moore für die Bindung von Schadstoffen und den Wasserhaushalt.

Seit 1991 fördert die Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Osnabrück beispielhafte Projekte zum Umweltschutz. Und mit gutem Grund rechnet die niedersächsische Verfassung von 1993 den „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ zu den Staatsgrundsätzen.

# Wirtschaft und Landwirtschaft

(desolate Wirtschaft; Industriemesse in Nachfolge Leipzigs ab 1947; Blüte und Niedergang der alten Industrien, neue Industrien [VW-Werk in Wolfsburg] und neue Konzepte: Industrie am seeschifftiefen Wasser, Kernkraftwerke, Hafenprojekte, innovative Branchen, Messen; Verkehrserschließung, umstrittene Fälle [Emsstauwerk Gandersum], neuartige Finanzierungsmethoden [A 31], Globalisierung und Digitalisierung), Küstenschutz
Bodenreform. In den Kernfragen der Bodenreform wich die Landesregierung so lange wie möglich einer definitiven Entscheidung aus. Schließlich erließ sie 1949 eine Verordnung, nach der 72 Das Land Niedersachsen nach 1945 Blick in eine Notunterkunft es möglich war, Grundbesitz über 100 ha bei Bedarf zu Siedlungszwecken zu enteignen. Allerdings wurde nach 1950 von dieser Verordnung kein Gebrauch gemacht, da einerseits der wirtschaftliche Aufschwung zunehmend Arbeitsplätze schuf und andererseits genügend Ödland zu Verfügung stand, um Flüchtlingen und Vertriebenen die Möglichkeit zur Unterbringung zu geben. Die wirtschaftliche Entwicklung, die unter den Demontagemaßnahmen der Besatzungsmacht zu leiden hatte, erreichte ihren Tiefpunkt 1947. Die Landesregierung bemühte sich in harten Auseinandersetzungen mit der britischen Militärregierung um die Bewahrung zahlreicher Betriebe oder Betriebsteile. Obwohl die Regierung dabei erfolgreich manche Demontageabsichten einzuschränken vermochte, konnte sie die Zerstörung größerer Teile des Industriekomplexes Salzgitter und des Hafen- und Werftgeländes in Wilhelmshaven nicht verhindern. Andererseits setzte die erste Hannover-Messe im August 1947, auf der 1.298 Firmen ihre Produkte präsentierten und Exportaufträge in Höhe von 55 Millionen Reichsmark erzielten, ein positives und hoffnungsvolles Signal. Alle weiteren Landesregierungen mit wechselnden Koalitionen sowie alle Landtage waren in erster Linie bemüht, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes weiterzuentwickeln und den benachteiligten Regionen wie dem Emsland, dem Küsten- und Zonenrandgebiet durch gezielte Maßnahmen zu helfen. Insbesondere der „Zonenrand“ bot den Menschen im Gegensatz zu anderen Teilen des Landes nur eine ungenügende Arbeits- und Einkommensperspektive, so dass vielen Menschen allein die Abwanderung als Ausweg blieb.

Da bis zur Währungsreform 1948 die Arbeitslosigkeit bis zur Währungsreform die hohe Quote von 22%, unter ihnen ca. 40% Flüchtlinge.

Im gleichen Zeitraum wurden bis Mitte der 50er Jahre an Niedersachsens 550 km langer Ostgrenze die Grenzanlagen kontinuierlich bis hin zum „Eisernen Vorhang“ ausgebaut. Dadurch entstand ein 40 km breites „Zonengrenzgebiet“, das mehr als ein Viertel der niedersächsischen Landesfläche umfasste. Dieses Grenzland war selbst durch Zonenrandfördermittel kaum entwicklungsfähig. Es litt vielmehr unter der Abwanderung von Wirtschaftskräften und an Überalterung. Damit rückte es aus Sicht der europäischen Wirtschaftszentren in eine wirtschaftlich äußerst nachteilige Randlage mit langen Verkehrswegen.

Kleinsiedlungsförderung in den Nachkriegsjahren; zunächst langsamer, dann immer schneller fortschreitender Strukturwandel der Landwirtschaft; Höfesterben und Konzentration auf wenige Großbetriebe; Aufbrechen der meist noch bis in die 1960er Jahre geschlossenen Dorfmilieus; Siedlungsbau und Stadtflucht, Dorferneuerung, Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, Heimatbewusstsein und Traditionspflege)

Mit dem Zusammenwachsen Europas kommt Niedersachsen wegen seiner zentralen Lage in der sich ausweitenden Europäischen Union die Funktion sowohl eines Durchgangs- als auch eines Verbindungslandes zu. Beides spiegelt sich in der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors sowie der Ansiedlung neuer Industrieunternehmen wider. Doch auch der Fremdenverkehr wird als Wirtschaftsfaktor insbesondere in den Regionen immer wichtiger, die nur über wenige Arbeitsplätze im industriellen Sektor oder in anderen Dienstleistungen verfügen. 76 Steinhuder MeerDas Land Niedersachsen nach 1945 Innerhalb des wiedervereinigten Deutschlands nimmt Niedersachsen mit nahezu 47.611 km2 nach Bayern den zweiten Rang bezüglich der Flächengröße unter den deutschen Ländern ein, während es hinsichtlich der Einwohnerzahl mit knapp 8 Millionen Einwohnern – davon fast 6 % Ausländer – den vierten Rangplatz belegt. Allerdings ist die Bevölkerung innerhalb des Landes ungleichmäßig verteilt. Dem bevölkerungsreichen Südosten stehen die weniger dicht besiedelten Gebiete im Nordwesten und Nordosten gegenüber. Dort finden sich allerdings mit Bremen und Hamburg zwei Oberzentren, die eine Ausstrahlung auf die angrenzenden niedersächsischen Landkreise haben. Trotz der unterschiedlichen Landesstruktur ist typisch für Niedersachsen die Einheit in der Vielfalt. Diese findet sich in den unterschiedlichen Mentalitäten von Heidjern, Ostfriesen, Oldenburgern und Ammerländern, protestantischen „Welfen“ aus Hannover, Braunschweig und Celle, katholischen Landwirten aus dem Emsland, dem Oldenburger Münsterland, der Hildesheimer Börde und dem Eichsfeld, VW-Arbeitern aus Wolfsburg oder Salzgitter und Wissenschaftlern aus Göttingen.

# Tourismus

(vier Regionen: Inseln und Küste, Lüneburger Heide, Harz, Weserbergland, Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur, Nivellierung und allmähliche Spezialisierung [das verstehe ich als Stichwort nicht…], landesspezifische Besonderheiten [Kurbäder, Urlaub auf dem Bauernhof, Fahrradfernwege an Flüssen und Wasserstraßen, Bootswandern etc.])

Der moderne Tourismus hat viele Wurzeln. Eine sind die Bäderreisen. Niedersachsen zählt 52 anerkannte Kurorte, darunter zwei Staatsbäder: Bad Pyrmont und Bad Nenndorf. Ein Drittel der Kurorte liegt im Nordseebereich. Seebäder wie Borkum, Norderney und Cuxhaven blicken auf eine Tradition zurück, die weit ins 19. Jahrhundert reicht, und weisen auch heute die höchsten Übernachtungszahlen auf. Berühmte Mineral- und Moorheilbäder finden sich im Weserbergland und am Teutoburger Wald, während sich am Harz die Luftkurorte konzentrieren. „Bäderland Niedersachsen“ heißt der aktuelle Slogan.

Der Erholungs- und Erlebnisurlaub knüpfte an Kuren und Kurorte an. Als vor der Währungsreform 1948 die Reichsmark-Vermögen verprasst wurden, geschah das häufig in Kurorten. Auf Borkum etwa kontrastierte 1947 ein überbordender Luxus krass mit dem sonstigen Nachkriegselend. Mit dem Wirtschaftswachstum, der Arbeitszeitverkürzungen und besonders der Automobilisierung weitete sich der Erholungsurlaub aus. Seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts kann man von Massentourismus sprechen. Zunächst suchten die Erholungssuchenden inländische Ziele auf, der Radius der Urlaubsreisen beschränkte sich auf höchstens 500 km. Aber 1968 überwog erstmals die Zahl der Auslands- die der Inlandstouristen. Nicht zufällig gründeten im selben Jahr führende deutsche Reiseveranstalter in Hannover die Touristik Union International (TUI), heute TUI Deutschland GmbH und wichtigstes Freizeit- und Reiseunternehmen Europas.

Die bekannten niedersächsischen Urlaubsgebiete, die Nordseeküste mit den Ostfriesischen Inseln, die Lüneburger Heide, der Harz und das Weserbergland, gehörten zu den beliebtesten Reisezielen Deutschlands. Die Küste lud zu Strand- und Badeurlauben im Sommer ein, während der Harz sich als Wintersportgebiet einen Namen machte und die Orte in den Mittelgebirgen in allen Jahreszeiten um Gäste warben. Da die bloße Luftveränderung, die Sommerfrische, den gestiegenen Urlaubsansprüchen bald nicht mehr genügte, wurden seit Beginn der 1970er Jahre Angebote für Aktivurlaube entwickelt. Eine besondere und für Niedersachsen wichtige Form des Erlebnisurlaubs stellt der Urlaub auf dem Bauernhof dar. Bauernverband und Agrarverwaltung hatten schon 1960 eine entsprechende Initiative gestartet, es dauerte aber eine geraume Weile, bis die Erwartungen der Bauern und der Gäste sich angeglichen hatten. Inzwischen hat man sich auf einander eingestellt, und für 2006 konnte der niedersächsische Landwirtschaftsminister einen 450 Seiten starken Katalog „Bauernhofferien“ vorlegen, der auch Hinweis zu Nordic Walking, Wandern und Plattschnacken enthält.

Die Kurorte zogen ihre Vorteile aus der Ausweitung der Sozialleistungen und bauten ihr Angebot stetig aus. Der steile Anstieg der Reha-Kosten in den 80er Jahren konnte jedoch von den Sozialsystemen bald nicht mehr aufgefangen werden, weshalb das Gesetz für mehr Wachstum und Beschäftigung von 1996 die Leistungen beschnitt und die Eigenanteile der Patienten erhöhte. Das führte neben anderen Gründen – der stärkeren Konkurrenz nicht zuletzt in den neuen Bundesländern, dem Ausbau ambulanter Rehabilitationszentren – zu einer Krise des Kurwesens und der Kurorte. Die Seebäder waren davon noch am wenigsten betroffen, in den Mittelgebirgen und vor allem im Harz breitete sich hingegen Untergangsstimmung aus.

Eine Lösung scheint, nachdem die Überkapazitäten an Betten und rein medizinscher Infrastruktur abgebaut worden sind, in einer Verstärkung der Freizeitkompetenz zu liegen. Damit findet der Bädertourismus wieder in allgemeine Tourismusströmungen zurück. Freizeitorientierte und spezialisierte Angebote sollen hier wie dort Urlauber und Tagestouristen anlocken. Visitor-Attractions bieten z. B. die großen Freizeitparks in der Lüneburger Heide, aber auch Kultur- und Wissensschauen für Phaeno in Wolfsburg oder die Erlebniswelt Renaissance im Oberweserraum. Die Abwärtsentwicklung des Tourismus im Westharz soll ein vom Wirtschaftsministerium entwickelter „Masterplan Harz“ umkehren, der die Stärken dieses Urlaubsgebietes bündeln und besser vermarkten will.

Nach wie vor ist der Tourismus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Niedersachsen. Im Jahre 2004 wurden 32 Millionen Übernachtungen im Land registriert. Auf jeden Einwohner Niedersachsens kamen also im Jahresdurchschnitt vier Gäste.

# Kunst und Kultur

(Landesmuseen, spezifische Museen [Sielhäfen, Windmühlen, Binnenschiffahrt, Moorkolonisierung, Bergbau, Landwirtschaft], Künstlerkolonien [Worpswede, Fischerhude, Dangast etc.]; Landschaften und Landschaftsverbände; Plattdeutsch und Saterfriesisch, regionale Festkultur und landesspezifisches Brauchtum [Grünkohlessen, Schützenfeste etc.], „Tag der Niedersachsen“ seit 1981, Gründung der Stiftung Niedersachsen 1986)

Niedersachsen ist ein Land der Regionen. Es erstreckt sich über ganz unterschiedliche Landschaften und Landschaftstypen: Gebirge und Mittelgebirge, Tiefland, Küste und Inseln. Wirtschaftszusammenhängen strukturieren das Land auf wieder andere Weise. Es fasst verschiedene frühere Staaten zusammen, die ihre je eigene Entwicklung gehabt haben. Und schließlich können auch Gebiete nach Sprache, Brauchtum der Bevölkerung und anderen Kulturphänomenen abgegrenzt werden. Verortungen dieser Art sind Voraussetzungen, um in den Menschen das Gefühl wachsen zu lassen: In dieser Landschaft bin ich zu Hause, hier wohnen Leute, die sprechen und denken wie ich. So gibt es in Niedersachsen große Gruppen wie Harzer und Heidjer und Friesen und kleinere wie Altländer, Ammerländer, Artländer, die ein Bewusstsein von ihrer Eigenart haben und diese bewahren wollen.

Das Regionalbewusstsein ist oft fest gegründet, aber es verändert sich auch. Bestimmte Phänomene haben sich nach dem 2. Weltkrieg ausgeglichen oder sind verschwunden, die Trachten z. B. oder die Dialekte. Bis in die 50er Jahre hinein waren die Schaumburger Bäuerinnen auf den hannoverschen Wochenmärkten an ihren roten Röcken zu erkennen; heute tragen nur noch Folkloregruppen diese Röcke. Grünkohlessen, mit winterlichen Ausfahrten oder Boßeln kombiniert, gilt als bremisch-oldenburgisch-ostfriesisches Brauchtum, und die Oldenburger nutzen wie die Bremer oder Ostfriesen kleine Besonderheiten, um sich von den Nachbarregionen abzugrenzen. Das konnte aber nicht verhindern, dass sich das Grünkohl-Festessen in den letzten 20 Jahren in ganz Nordwestdeutschland verbreitet hat. Ebenso weist auch das Repertoire der Festzeltgesänge („Da wird die Sau geschlacht …“) nur punktuell lokales Kolorit auf.

Das regional sehr unterschiedliche Plattdeutsch gleicht sich unter dem Einfluss der Medien und der Hochsprache an. Die EU-Sprachencharta begreift das Niederdeutsche als eine einheitliche Regionalsprache, und das Land Niedersachsen hat sich 1999 verpflichtet, das Niederdeutsche wie das Friesische als Sprache bei Gericht oder für Beurkundungen zuzulassen. Das Niederdeutsche. Von lokalen oder regionalen Mundarten, vom ostfriesischen, Braunschweiger, Calenberger Platt, ist dabei nicht die Rede.

Ein Regionalbewusstsein, das über das Gefühl hinausgeht, in der passenden Landschaft zu leben, muss von Institutionen oder Interessensgruppen immer neu vermittelt und erklärt werden. Der Förderung des Niederdeutschen nehmen sich neben dem Land, das diese Förderung als Kulturauftrag begreift, viele Einrichtungen wie z. B. die Niederdeutschen Bühnen an. Eine entscheidende Bedeutung dafür, das Spezifische der unterschiedlichen Landschaften positiv wahrzunehmen, besitzen die Tourismusverbände. Ein Stück näher zur Natur: Emsland! Braunschweiger Land: Voller Ideen! Vielfältige Lüneburger Heide! Auch die Geschichtsschreiber, die heutige Zustände, z. B. die territoriale Gestalt eines Landkreises, aus der Vergangenheit erklären, leisten ihren Teil Identitätsstiftung. Der Erlass „Die Region im Unterricht“ von 1997, der z. Zt. aktualisiert wird, hatte das Ziel, die Behandlung regional- und lokalbezogener Unterrichtsthemen zu fördern und so das Regionalbewusstsein in den Schulen zu stärken.

Eigens für die Bewahrung und Förderung der regionalen Kulturen sind die Landschaften und Landschaftsverbände gegründet worden. Dabei gilt es zu unterscheiden: Landschaften heißen auch die historischen Landschaften, die Vereinigungen der großen Grundbesitzer, die bis ins 19. Jahrhundert eine politische Funktion hatten. Bei den modernen Landschaften handelt es sich um Zusammenschlüsse von Landkreisen und Städten zum Zweck der Kulturförderung. Die jetzt 13 Landschaften und Landschaftsverbände und die Region Hannover bewirtschaften seit 2005 auch die Landesmittel für die regionale Kulturförderung.

# Zusammenfassung

Die Ausstellung soll daher vor allem zeigen, welche Entwicklung das 1946 neu geschaffene Bundesland in den letzten 75 Jahren genommen hat, wie das einst umstrittene Staatsgebilde längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist, geprägt von regionaler Vielfalt und kultureller Offenheit, wie die großen wirtschaftlichen Herausforderungen bewältigt und die gesellschaftlichen Umbrüche positiv gestaltet wurden.